

2006 löste das Ansinnen des Dekanats Nürnberg, einen Gedenkgottesdienst für Hans Meiser abzuhalten, eine umfassende historische, theologische und politische Auseinandersetzung mit der Rolle des ehem. Landesbischofs aus. Die Konsequenz: 2006 gab es keinen Gedenkgottesdienst, der Nürnberger Stadtrat benannte 2007 die Meiserstraße mit sehr großer Mehrheit gegen die Stimmen einer NPD-Tarnorganisation um.

Der Ansbacher Stadtrat behandelte bereits im November 2006 als erstes politisches Gremium überhaupt den Antrag auf Umbenennung. Das Ergebnis war eine Ablehnung gegen acht Stimmen. Die Faktenlage hat sich seither verdichtet. Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liegen die Dokumentation einer Fachtagung in Nürnberg 2007 sowie die Expertise Dr. Dietzfelbingers in Ansbach vom Januar 2013 vor. Gleichzeitig sind bei Ihnen Schreiben verschiedener kirchlicher und kirchennaher Stellen oder Personen eingegangen.

Ich bin der Auffassung, dass diese Dokumente zum Einen zeigen, dass eine Auseinandersetzung mit der Erinnerungskultur unserer Stadt nicht nur berechtigt, sondern hochaktuell ist. Zum Anderen lässt die Gesamtschau der vorliegenden Quellen für mich keinen Zweifel daran, dass die Benennung einer Straße nach Bischof Meiser in Ansbach nicht mehr zu halten ist.

Oft ist bei der Bewertung Meisers Amtsführung von Ambivalenz die Rede. Ohne auf alle Details von Verdienst und Versagen, die Ihnen in genannten wissenschaftlichen Werken vorliegen, eingehen zu wollen, bedarf die Grundlage einer politischen Entscheidung in diesem Fall einer getrennten Betrachtung dreier Phasen, die ich in entgegengesetzter chronologischer Folge kurz darstelle:

In der Zeit nach der Befreiung von der Diktatur 1945 unterschrieb Meiser 1946 zwar das sog. „Stuttgarter Schuldbekennnis“, das in erster Linie auf Initiative Martin Niemöllers zurückgeht, forderte allerdings bereits im Juli 1945 die „Freilassung der inhaftierten Bankiers und Industriellen“ und wandte sich scharf gegen eine „Verurteilung von NSDAP-Parteigenossen“. Er stellte sich schützend vor die Täter und vor diejenigen, die mit der Produktion von Panzern, Kanonen und Zyklon B Milliarden verdienten und Millionen Zwangsarbeiter ausbeuteten.

Dies kann Meiser nach der Ambivalenztheorie möglicherweise noch als Akt christlicher Nächstenliebe ausgelegt werden, wenn er denn in ähnlicher Weise wie für Kriegsverbrecher auch für die Opfer des NS-Staat das Wort ergriffen hätte. Aber er blieb als Bischof unter den Nazis stumm. Grund war sicherlich sein zentrales Ziel, eine relative Unabhängigkeit seiner eigenen Kirche zu sichern. Dem ordnete er alles unter und lavierte sich durch die Zeit zwischen 1934 und 1945. Der NS-kritische Pfarrer Karl Steinbauer fasste Meisers Wirken wie folgt zusammen: „Anpassung unter dem Deckmantel der Verantwortung.“

Zwar ist Meiser zugute zu halten, dass er die finanzielle Unterstützung des Büros Grüber, das nichtarische Christen zur Auswanderung verhalf, nicht einstellte und den sog. Arierparagrafen nicht in der Landeskirche verankerte. Allerdings verhielt er sich ansonsten nicht nur staatskonform, sondern handelte teils in vorauseilendem Gehorsam gegenüber den braunen Machthabern, als er ohne Not 1936 den Hitlergruß für religiöse Veranstaltungen sowie den Religionsunterricht einführte und ab 1938 alle Pfarrer zum persönlichen Treueeid auf Hitler verpflichtete. Damit kopierte Meiser das Führerprinzip auch kirchenintern und degradierte Seelsorger zu geistlichen Soldaten des Regimes.

Zwei weitere Quellen werden von Umbenennungsgegnern ins Feld geführt: Zum Einen ist da der vielzitierte Siebert-Brief, der Ihnen ebenfalls vorliegen dürfte. Er wendet sich im März 1934 gegen die ökonomische Ausgrenzung der Juden, da durch diese der Glauben an den Nationalsozialismus beschädigt werden könne. Ein Jahr zuvor, zu Beginn der Judenverfolgung hatte der damalige Synodalpräsident Pechmann Meiser mehrfach gebeten, das Wort zu ergreifen. Meiser hat dies 1933

wie auch später wiederholt abgelehnt.

Zum Anderen wurde Meiser am Höhepunkt des Kirchenkampfes im September 34 unter Hausarrest gestellt, das nach Protesten von Bauerndelegationen, darunter viele im Braunhemd, wieder ausgesetzt wurde. Gerade dieses Ereignis musste ihm doch bewusst werden lassen, dass die Kirche die einzige verbliebene Institution war, die offen Kritik am Regime äußern konnte. Meiser schwieg jedoch weiter, sei es bei der Prognomnacht oder beim Holocaust. Auch bei der Euthanasie, obwohl es seine Bischofskollegen waren, etwa der Münsteraner Galen, die durch ihre öffentliche Kritik die Ermordung von Menschen mit Behinderung stoppen konnten.

Solange seine Kirche nicht berührt wurde schwieg er und verfasste lieber Denkschriften für eine konsequente Rassenpolitik 1939, Expertisen für den Beweis, das AT sei antisemitisch 1943 und versendete an seine Gemeinden noch im August 1944 antijudaistische Pamphlete des berühmten Pfarrer Kittel. Als Gemeinemitglieder 1943 an ihn herantraten, er möge auf das unermessliche Leid in den KZs aufmerksam machen, blieb er hingegen erneut stumm.

Auch wenn man zwischen 1934 und 1945 sowie in der Zeit nach 1945 Ambivalenzen ausmachen will, so ist Meisers Amtsführung als Leiter des Predigerseminars Nürnberg, also als Chef der Pfarrerausbildung in Bayern, sowie zu Beginn seiner Bischofszeit politisch eindeutig: Gegen die Demokratie und gegen die wie er sagt „Verjudung des Volkes“.

Der Aufsatz „Die Evangelische Kirche und die Judenfrage“ von 1926 ist ein Manifest des Nationalprotestantismus, das deutlich macht, welche gesellschaftlichen Kräfte zum Untergang der ersten deutschen Republik beigetragen haben. Meiser bekennt sich darin klar zu den völkischen Idealen und zur NS-Rassentheorie. Sein Antisemitismus nimmt inhaltlich wie sprachlich die Nürnberger Rassengesetze von 1935 fast 1:1 voraus. Indem er dann doch vor dem fünften Gebot halt macht kann seine Einstellung etwa so zusammengefasst werden: „Die Juden sind unser Unglück. Aber wir bringen sie gnädigerweise nicht um, sondern betreiben „Rasseveredelung durch Taufe“.“

Die antisemitischen und antidemokratischen Tiraden des obigen Aufsatzes überlagern in der öffentlichen Diskussion die Rolle Meisers beim Sturz seines Amtsvorgängers, des NS-kritischen Kirchenpräsidenten Friedrich Veit.

Die heftige innerkirchliche Auseinandersetzung während der Weimarer Republik zwischen dem liberal-konservativen Veit-Flügel und dem völkisch-nationalistischen Meiser-Flügel hat der Landeskirchliche Beauftragte für Evangelische Gedenkstättenarbeit, Dr. Björn Mensing, in seinem Buch „Pfarrer im Nationalsozialismus“ sowie in Aufsätzen in der Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte herausgearbeitet.

Während unter tatkräftiger Förderung Meisers und seiner Leute im ländlichen Franken durch den Pakt der Kreuze (mit und ohne Haken) vielerorts der Weg zu braunen Hochburgen geebnet wurde, konnte der Schwabe Veit „keine Braunhemden mehr sehen“. Veit unterließ nach der Machtübertragung an die Nazis jegliche Untergebenheitsadressen, was der Meiser-Flügel im April 1933 nutzte, um den Kirchenpräsidenten zu stürzen.

So schreibt Mensing: "Bereits einen Tag nach Veits erzwungenen Rücktritt am 11.04.33 war der Landeskirchenrat um dessen [...] Nachfolger Meiser darum bemüht, die bisher von Veit unterlassenen Lobeshymnen auf Hitler und sein Regime nachzuholen."

Erste Personalentscheidung Meisers war die Ernennung des Trägers des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP, Eduard Putz, zum persönlichen Referenten. Meiser erlaubte wenig später dem Kulmbacher Friedrich Hanemann als erstem Dekan reichsweit, NSDAP-Ortsgruppenleiter zu werden. Dieser wurde anschließend von Meiser auch noch zum Oberkirchenrat ernannt.

Zusammengefasst: Meiser sicherte seiner Kirche politische Freiräume, die er jedoch kaum für die Verfolgten des Regimes nutzte. Der Antisemit Meiser stand der Demokratie ablehnend, ja feindselig gegenüber und suchte früh das Bündnis mit den „Völkischen“. Um es mit dem Münchner OB Ude zu sagen: Meisers Verhalten ist exemplarisch für das Versagen deutscher Eliten während der NS-Diktatur.

Da diese Quintessenz, Meisers Wohlwollen gegenüber dem Faschismus, keinen Straßennamen in Ansbach rechtfertigt, führen die Umbenennungsgegner drei weitere Argumente ins Feld:

1. „Dann müsse man auch den Lutherplatz umbenennen.“ Luthers Antisemitismus entsprang einer voraufklärerischen Zeit des Hexenglaubens und des Abschlachtens aufständiger Bauern. Meisers Antisemitismus 400 Jahre später fällt in die Zeit der Moderne und der Demokratie.
2. Nürnberg als Stadt der Menschenrechte habe eine andere Verpflichtung als Ansbach. Unsere Stadt sollte genauso wie alle Kommunen unseres Landes den Menschenrechten verpflichtet sein. In Ansbach als ehem. braune Hochburg sogar noch ein Stück mehr. Hier wählten schon in der 20er Jahren 47% die NSDAP, während die Nazis in Nürnberg auch 1933 nicht auf solche Werte kamen.
3. Und das finde ich besonders interessant: „Meiser sei nur ein Kind seiner Zeit“. Das suggeriert, dass Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit in den 20er Jahren völlig normal und aus heutiger Sicht nicht zu kritisieren seien. Ich will an ein anderes Kind seiner Zeit erinnern:

Emil Pörschmann, 1919-33 SPD-Stadtrat in Ansbach, gleicher Jahrgang wie Meiser, kämpfte Zeit seines Lebens für Demokratie und gegen Antisemitismus. Er wurde just am Tag von Meisers Inthronisierung als Bischof ins KZ geworfen, aus dem er gefoltert und halbseitig gelähmt zurückkam.

(Anrede)

Wir müssen in einer Zeit, in der laut Studien der Bundesregierung sich jeder fünfte Deutsche mit antisemitischen Thesen einverstanden erklärt, entscheiden, wie die Erinnerungskultur unserer Stadt einen Beitrag für Menschenrechte und demokratische Werte leisten kann.

Wir sind uns glaube ich einig, dass heute niemand mehr eine Neubenennung einer Straße nach Bischof Meiser vornehmen würde. Wir erheben uns mit einer Umbenennung der Bischof-Meiser-Straße auch nicht über den Stadtrat der Stadt Ansbach von 1958, der in Unkenntnis von Meisers antisemitischen, rassistischen und antidemokratischen Thesen den Verwaltungsakt vollzog. Dass zumindest die SPD-Fraktion seinerzeit offenbar Bedenken gegen die Straßenbenennung hegte, geht übrigens aus den Sitzungsprotokollen hervor: Sie stimmte nur unter der Maßgabe zu, dass gleichzeitig erstmals in Ansbach eine Straße nach einem Sozialdemokraten, nach Ernst Körner, benannt wurde.

Ich bitte Sie abschließend, Ihr Gewissen zu prüfen, welches Signal Sie heute aussenden wollen. Die Entscheidung für die Umbenennung, die selbstverständlich kommentiert erfolgen sollte, ist Ausdruck dessen, Urheber von Sätzen wie [...] nicht mehr vorbildlich erscheinen lassen. Der neue Name der jetzigen Meiser-Str. sollte künftig Ehrung sein für konsequenten Widerstand gegen das Nazi-Regime. Stellvertretend für all die Söhne und Töchter ihrer Zeit, die diesen Einsatz für die Gesellschaft erbracht haben, kommen zahlreiche Namen aus Stadt und Region in Betracht. Hans Meiser spiegelt deren aufopferungsvollen Kampf für Freiheit und Demokratie jedenfalls nicht authentisch wieder.

*gez. Boris-André Meyer, Stadtrat*